



Kristine Lütke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kristine Lütke MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Protokoll

Berlin, den 22. Februar 2024

Kristine Lütke MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-72169
Fax: 030 227-2372171
kristine.luetke@bundestag.de

www.kristine-luetke.de

Persönliche Erklärung gemäß § 31 GO-BT

Persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten gemäß § 31 GO-BT zu Tagesordnungspunkt 7 der 154. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 22. Februar 2024:

Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU: Für eine echte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik (Drucksache 20/10379)

Ich unterstütze die Forderungen, der Ukraine Taurus-Marschflugkörper zur Verfügung zu stellen und einen Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt einzurichten.

Die Regierungskoalition bringt diese Woche einen eigenen Antrag in den Bundestag ein, welcher anlässlich des zweiten Jahrestages des erneuten russischen Überfalls auf die Ukraine unsere Ansprüche an die deutschen Unterstützungsleistungen umfassender und detaillierter formuliert. Der Koalitionsantrag gibt der deutschen Sicherheits- und Ukraine-Politik klare Konturen und Ziele.

Mit dem Antrag der Regierungskoalition halten wir als Parlament erstmals in dieser Deutlichkeit fest, dass das Ziel ist, die volle territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen – dies schließt explizit die Krim mit ein. Zentral ist ebenfalls, dass wir uns darauf verständigt haben, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen und Russland ihn verlieren muss. Wir beschränken uns nicht auf den Taurus, sondern wollen der Ukraine eine breite Unterstützung mit präzisen, weitreichenden Systemen zukommen lassen. Unser Antrag ist ein klares Signal der fortgesetzten und vertieften Solidarität des Deutschen Bundestag mit der Ukraine.



Der Unionsantrag hingegen bleibt in seinen Forderungen unpräzise und wirkt wie pflichtschuldig in aller Eile geschrieben. Die darin gefasste negative Bewertung der im Rahmen der Zeitenwende durch die Bundesregierung getroffenen Maßnahmen teile ich nicht. Den vorliegenden Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehne ich daher ab.

Kristine Lütke MdB